

30.09.2011

Schwarz, Blau und Grün gegen Rot: Niedrigere Beamten-Lohnerhöhung fix

Erst am späten Abend kam es gestern bei der Landtagssitzung zur Abstimmung über den umstrittensten Punkt, die Sparmaßnahmen bei den Landes- und Gemeindebediensteten. Die Proteste von SPÖ, Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, die mehr als 16.000 Protestunterschriften gesammelt hatten, von FSG und AK (die OÖNachrichten berichteten) änderten am angekündigten Ergebnis nichts. ÖVP, FPÖ und Grüne stimmten dem neuen Landes-Dienstrechtsgesetz zu, die SPÖ dagegen. Ausgehandelt war das Gesetz mit der (von Christgewerkschaftern dominierten) Landes-Personalvertretung.

Die wesentlichsten Änderungen, die für alle Landes- und Gemeindebediensteten sowie für die Mitarbeiter der Landes-Spitalsgesellschaft Gespag ab 2012 gelten:



Landesdienst: Neue Regeln (OÖN)

- Geringere Lohnerhöhung: Der Punkt, warum die SPÖ dagegenstimmte. 2012 wird in Oberösterreich die Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst um einen Prozentpunkt niedriger ausfallen, als auf Bundesebene ausgehandelt wird. Wäre die Bundes-Gehaltserhöhung nur ein Prozent oder weniger, gibt es eine „Nulllohnrunde“. Geschätzte Einsparungen laut Antragstext: 4,2 Millionen Euro beim Land, vier Millionen Euro bei der Gespag, sechs Millionen Euro bei den Gemeinden.

- Kein freier Karfreitag: Der Karfreitag war bisher generell dienstfrei. Das fällt, für alle frei ist er künftig nur noch, wenn er mit einem gesetzlichen Feiertag zusammenfällt.

- EDV-Zulage: Sie wird gestrichen, Bediensteten mit geringem Verdienst (bis ca. 1100 Euro) wird sie aber als Gehaltsbestandteil dazugerechnet.

- Solidarbeitrag bei Pensionen: Bis zum ASVG-Höchstbetrag bekommen Beamten-Pensionisten eine Pensionserhöhung „voll“, darüber nur mehr maximal zur Hälfte.

Man werde keinen Abänderungsantrag einbringen, sondern wegen des Ein-Prozent-Abschlages „das Paket als ganzes ablehnen“, hatte SP-Klubobmann Karl Fraiss schon vor der Sitzung angekündigt. Personalreferent Franz Hiesl (VP) nannte die Sparmaßnahmen dagegen „ausgewogen und fair“.